



# **Wirtschaftspolitische Prioritäten**

Resolution verabschiedet anlässlich der Delegiertenversammlung vom 28. Oktober 2006

Wir wollen den Wohlstand der Mehrheit der Schweizer Bevölkerung verbessern. Die Schweizer Volkswirtschaft kann jährlich 2 bis 4% wachsen. Wir richten unsere Wirtschaftspolitik auf diese Zielgrösse aus. Ein dauerhaftes Wachstum ist wichtig, damit wir etwa unsere Sozialwerke sichern können. In Ergänzung und Vertiefung zum Grundsatzprogramm „Aufbruch Schweiz“ setzen wir dabei wirtschaftspolitisch folgende Prioritäten:

### **Wir machen Wirtschaftspolitik für offene Märkte:**

- **JA zum Export:** Die Exportnation Schweiz braucht einen möglichst hindernisfreien Zugang zu offenen Absatzmärkten im Ausland. Wir richten unsere Aussenwirtschaftspolitik auf dieses Ziel aus. Daher unterstützt die CVP multilaterale wie bilaterale Wirtschaftsabkommen, die den Freihandel unterstützen und tarifäre wie nichttarifäre Handelshemmnisse abbauen. Zu unserem wichtigsten Handelspartner – Europa – festigen wir mit bilateralen Verträgen eine Beziehung, die auf Stabilität und Vertrauen ausgerichtet ist. Wir befürworten die Wirtschaftshilfe für die neuen EU-Staaten. Sie ist eine Investition in die neuen Märkte, in die guten Beziehungen zur EU und in ein stabiles Europa. Wir sind für die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien mit entsprechend langen Übergangsfristen, wenn diese Staaten in die EU aufgenommen werden.

### **Wir machen Wirtschaftspolitik für mehr Wettbewerbsfähigkeit im Innern:**

- **Wirtschaftspolitik für tiefere Preise und neue Kaufkraft:** Wir wollen die Preise in der Schweiz dem europäischen Niveau annähern: Wir wollen das Leben in unserem Land günstiger machen. Im Zentrum stehen günstiger Bauen, günstiger Wohnen, günstiger Essen, günstigere Gesundheitsversorgung. Das bedeutet zum Beispiel die Zulassung von Produkten, welche in Europa auch zugelassen sind (Cassis de Dijon); einheitliche Normen; einheitlichere und einfachere Bauvorschriften; kürzere Verfahren; billigere Importtraktoren und Futtermittel für die Bauern; die Hinterfragung von „helvetischen“ Standards. Tiefere Preise bringen mehr Kaufkraft. Mehr Kaufkraft bringt einen stabilen und wachsenden Inlandkonsum, leistet einen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit der KMU und wirkt somit als wichtige Beschäftigungsstütze.
- **Ja zur Bürokratiebefreiung:** Die bundesrechtlichen Bewilligungsverfahren sind drastisch zu reduzieren. Gleiches ist auf kantonaler Ebene möglich. Wir wollen weniger Statistik, ein besseres Management der Informationen, die den Behörden ohnehin bekannt sind aber mehrfach erhoben werden, und eine Koordination von Kontrollen in Betrieben. Wir wollen eine einheitliche Unternehmensidentifikationsnummer: Gerade in der Abwicklung von Angelegenheiten im Sozialversicherungsbereich, beim Handelsregister oder der Mehrwertsteuer wäre eine einheitliche Unternehmensidentifikationsnummer eine massive Erleichterung für Unternehmen wie Behörden. Wir möchten nun endlich die versprochene Reform für die „ideale Mehrwertsteuer“ beraten können.
- **Nein zur staatlichen Einkommensregulierung:** Die Festlegung von Löhnen ist Sache der Unternehmungen. Wir bekämpfen Forderungen nach einer staatlichen Festsetzung von Maximallöhnen. Wer ihnen das Wort redet, wird als nächstes staatlich fixierte Vermögenslimiten fordern. Damit wäre der Kerngedanke des Privateigentums abgeschafft. Es braucht eine Belebung der Aktionärsdemokratie: Aktionäre sollen bei den Eckwerten in der Lohnpolitik für Verwaltungsrat und Geschäftsleitung mitbestimmen. Gleichzeitig braucht es eine Belegung der Unternehmensethik. Eine staatliche Einkommensregulierung wird die Unternehmungen massenhaft ins Ausland vertreiben. Das wollen wir nicht!

- **Ja zu Chancen für die KMU:** Klein und Mittelbetriebe brauchen mehr Unterstützung, im Wissenstransfer von den Hochschulen und Fachhochschulen, Zugang zu ICT-Netzwerken, welche den Austausch zwischen Produzenten, öffentlicher Hand und Verbrauchern fördern, administrative Entlastung und ein verlässliches und sicheres duales Bildungssystem. Die KTI ist daher als Instrument des Bundes zu unterstützen bzw. finanziell zu stärken.

### **Wir machen Wirtschaftspolitik für kluge Köpfe und Innovation:**

- **Ja zu mehr Bildung:** Wir tragen die EU-Forschungsprogramme voll mit: Was wir investieren kommt zum grossen Teil auch den Forschungseinrichtungen in unserem Land zu Gute. Wir wollen die Bildungsausgaben in den nächsten vier Jahren um 6% erhöhen: Der Bund kommt bereits heute seinen gesetzlichen Verpflichtungen gegenüber den Kantonen nicht nach. Faktisch hat in den letzten Jahren eine Stagnation wenn nicht ein Abbau der Bildungsausgaben stattgefunden. Wir wollen verlorenes Terrain kompensieren. Dabei stehen zusätzliche Mittel für die Berufsbildung, die Fachhochschulen und die Grundlagenforschung im Vordergrund.
- **Ja zu einer ICT-Offensive für Wachstum:** Wir streben neues Wachstum und mehr Produktivität durch den konsequenten Einsatz und die Förderung von Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) an. ICT bringt Innovation, reduziert die Bürokratie und ist eine globale Wachstumsbranche.